

Der Muslim-Test

Über das zwangsläufige Scheitern einer notwendigen Intervention

HORST PANKOW

Manchmal scheinen Probleme sich tatsächlich in wohlgefälliges Nichts aufzulösen. Das gilt offenbar nicht nur für Individuen, auch Staaten und ihre Staatsbürgerkollektive kommen hin und wieder in den Genuss dieser unerwarteten Schicksalsgunst. Zum Beispiel Deutschland: Noch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre litten deutsche Politiker, Journalisten und Medienkonsumenten unter einem *Sektenproblem*. Einem Problem, das den Betroffenen bisweilen phobische Reaktionen abnötigte. Von „geheimen Netzwerken“, von „Gehirnwäsche“ und „Unterwanderung“ wurde phantasiert.

Im Zentrum der deutschen Ängste stand seinerzeit – neben allerlei fernöstlich und „esoterisch“ inspirierten Gruppierungen – die in den 50er Jahren von einem US-amerikanischen Science-Fiction-Autor gegründete Scientology Church. Dieser mit wirren Apologien ungehemmter Konkurrenz und kruden Übermenschphantasien um die Gunst der zu kurz gekommenen Leistungswilligen buhlende Verein wurde als Kopf einer Verschwörung, ja, einer Weltverschwörung identifiziert: „Scientologen wollen Regierungen stürzen und selbst die Herrschaft übernehmen“, lautete im Juli 1997 eine Einschätzung des Berliner *Tagesspiegels*. Im Jahr zuvor hatte das CSU-Organ *Bayernkurier* mit der Schlagzeile „Kampf der Krake!“ aufgemacht und in linken Blättern war man längst dabei, den Marschbefehl mit entsprechenden Graphiken zu illustrieren.

Überhaupt – wie hierzulande bei nationalen Mobilisierungen üblich – gerieten die traditionellen politischen Grenzen angesichts der scientologischen Bedrohung ins Wanken. Während traditionell linke Aktivisten Transparente an

Mietshäusern anbrachten, die deren Eigentümer nicht nur als gewöhnliche „Miethaie“, sondern als gefährliche Scientologen brandmarkten (nur selten fehlte eine stilisierte Krake in diesen Kunstwerken), warben rechte Anhänger der Jungen Union vor Großstadtkinos um Unterschriften für eine Resolution, mit der die Absetzung von Filmen gefordert wurde, weil in ihnen als Scientologen identifizierte oder verdächtige Hollywoodstars Rollen spielten. Im öffentlichen Dienst Bayerns wurden Scientology-Mitglieder mit Berufsverbot belegt, in anderen Bundesländern der Verfassungsschutz auf sie angesetzt, Arbeits- und andere Ämter erstellten Sonderkarteien mit der Kennzeichnung „S“ für Scientology. Nahezu jeden Tag konnte man in den Massenmedien die warnenden Worte der von Parteien, Kirchen und anderen Institutionen beschäftigten „Sektenbeauftragten“ vernehmen.

Irgendwann hat das alles aufgehört. **I**Sektenproblem – war da was? Kaum jemand scheint sich heute noch für die damaligen Weltverschwörungsängste zu interessieren. Es wäre freilich ein Irrtum anzunehmen, diese hätten sich, wie das Problem, an dem sie sich entzündeten, ebenfalls in Wohlgefallen aufgelöst. Auf dem Höhepunkt der Anti-Scientology-Kampagne hatte ich Ende 1997 die These formuliert, die Kampagne diene der ideologischen Homogenisierung der neuen deutschen Großmacht, indem mit den Sekten jedes partikulare Interesse, das sich aus anderen ideologischen Quellen als den hierzulande anerkannten speist, exemplarisch abgestraft werde. Am Ende meiner Überlegungen wagte ich damals die Prognose, die Hexenjagd werde sich nicht auf scientologische Wirrköpfe in Deutschland beschränken, sondern ihr Augenmerk verstärkt auf deren „Mutterland“, die USA, richten. (1)

Richtig getippt?

Knapp acht Jahre später ist aus dem Symbol der Krake ein Heuschreckenbild geworden. Dem sozialdemokratischen Parteisolddaten Müntefering gelang es im vergangenen Jahr, das sich auf den politischen Rändern (rechtes CSU-Organ, linke Aktivisten) nützlich machende Ungeheuer in einen Agrarschädling zu verwandeln, und so ein Symbol des „raffenden“ US-Kapitals zu kreieren, das inzwischen von fast allen bedenkenlos verwendet wird. Die romantisch aufgeladene Vorstellung von den „infamen scientologischen Verschwörern“ hat sich in die literarische und cineastische Phantasie von „skrupellosen CIA-Agenten“ transformiert. Die ehemaligen „geheimen Netzwerke“ der Scientologen sind zu „geheimen CIA-Gefängnissen“ mutiert, in denen Unschuldige, auch deutsche Unschuldige, gequält werden. Längst geht es nicht mehr um „Gehirnwäsche“ einer Psychosekte, sondern um handfeste „Folter“ durch staatliche Schergen. (2) Freilich dürfte der Terminus „Gehirnwäsche“ auch künftig hierzulande nicht nur in der anti-amerikanischen Rhetorik Verwendung finden, lässt sich mit ihm doch ideal Abweichung vom Mainstreamdenken und –handeln als „fremdgesteuert“ denunzieren.

Mit der Etablierung von Antiamerikanismus und Islamophilie als Phänomene des deutschen Massenbewusstseins ist die ideologische Homogenisierung ein weites Stück vorangekommen. Die spätestens seit dem 11. September 2001 epidemisch grassierende Islamophilie setzt die Moslems in den Stand hilfloser Aggressionsoffer und erhebt die barbarische Praxis der Selbstmordattentäter in den Rang verzweifelten, aber legitimen Widerstandes. In der Islamophilie dürfte

auch ein wesentlicher Grund für das fast spurlose Verschwinden des deutschen Sektenproblems zu finden sein. Wer sich berufen fühlt, islamische Gepflogenheiten sowohl bezüglich des Alltagslebens als auch staatlicher und quasistaatlicher Machtausübung zu beschönigen, zu relativieren und zu legitimieren, für den kann der in einer Sekte einverständlich betriebene Psychoterror wohl kaum noch einen gewichtigen Stein des Anstoßes darstellen. (3)

Gleichwohl gibt es Anzeichen, die auf noch bestehende Lücken innerhalb der bereits vollzogenen ideologischen Homogenisierung verweisen. Noch ist das Verhalten der deutschen Polit-Elite gegenüber den zunehmend als feindlich wahrgenommenen USA und dem als sympathisch definierten Islam keineswegs einheitlich. Kein Anzeichen für solcherart Lücken stellt jedoch das – in jüngster Zeit erst bekannt gewordene – Agieren des deutschen Außenministeriums während der Kriegshandlungen im Irak vor drei Jahren dar. Dass Agenten des BND zumindest in Bagdad aktiv waren und der US-Airforce Schützenhilfe bei der Bombardierung leisteten, drückt lediglich einen temporären Widerspruch zwischen aktuellen und längerfristigen Interessen aus. Schließlich war das Kräfteverhältnis eindeutig und am Sieg der US-geführten Truppen konnte kein Zweifel bestehen. In einer solchen Situation ausschließlich auf den ausgemachten Verlierer zu setzen und diesen noch strategisch – wenn auch nur indirekt durch Zurückhaltung von Informationen - zu unterstützen, liegt in keinem staatlichen Interesse. Schließlich wollte Deutschland sich nicht die politischen Einflußmöglichkeiten im Nachkriegs-Irak verbauen.

Haben sie es wirklich geglaubt?

Anzeichen für noch nicht geschlossene Lücken in der ideologischen Homogenisierung lassen sich aber dennoch gerade im deutschen Diskurs über die USA und über den Islam finden. Gerade unter dem aktiven Personal der traditionell rechten Parteien CDU und CSU scheint ein negatives USA-Bild, wie es

inzwischen von der gesellschaftlichen Mehrheit akzeptiert und hemmungslos reproduziert wird, nicht so schnell auf einhelligen Zuspruch zu stoßen. Der Grund dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit in der proamerikanischen Geschichte der (offiziellen) BRD bis 1989/90 zu finden sein. Das goldene Zeitalter des europäischen „Juniorpartners“ der amerikanischen Weltmacht bereitete schließlich sowohl die Grundlage so mancher bis heute andauernden Politikerkarriere als auch des internationalen Erfolges der BRD. Vor allem mit diesem Erfolg legitimierte sich die Kritik der traditionell rechten Parteien an der linken Ablehnung des Irak-Krieges: Deutschland könne es sich einfach nicht leisten, bei einem weltgeschichtlich derart bedeutsamen Ereignis (die damals von den USA projektierte „demokratische Neugestaltung des Nahen Ostens“) abseits zu stehen.

Auch der ein wenig skeptischere Blick mancher „rechter“ Politiker auf den Islam dürfte Reminiszenzen an den Kalten Krieg zu verdanken sein. Zwar waren diese Leute ebenso wie alle anderen maßgeblichen Polit-Akteure (mit Ausnahme der Grünen in ihrer Anfangsphase) stets bereit, alle – und waren es noch so repressive, blutige, ja, massenmörderische – Maßnahmen des US-geführten Westens gegen die „kommunistische Bedrohung“ zu unterstützen. Doch wurden in der antikommunistischen Ideologie solche Maßnahmen immer als *Mittel*, niemals als *Zweck* begriffen. Noch die schlimmsten antikommunistisch motivierten Massaker verstand man als temporäre Säuberungen, an deren Ende eine bessere – weil von den ideologischen Säulen Marktwirtschaft und Demokratie getragene – Zukunft imaginiert wurde. Der chilenische General Pinochet, zu dem CDU und CSU herzliche Beziehungen pflegten, hat diese Haltung in einem berühmt-berüchtigten Bonmot verdichtet: „Wer die Demokratie retten will, muss sie gelegentlich in Blut baden.“ Als dieser Mann schließlich seine blutige Arbeit erfolgreich beendet hatte und in Chile keine gesellschaftlich relevante Kraft mehr den Kapitalismus zugunsten eines besseren Lebens in Frage stellte, verzichtete er umstandslos auf den Posten des Staatschefs und *democracy as usual* kehrte zurück.

Es mag die in der islamischen Barbarei als Konstante anzutreffende Einheit von Mitteln und Zwecken sein, die rechte Islam-Skeptiker in CDU und CSU, die ja auch in ihren Parteien eine Minderheit darstellen, motiviert. Es mögen Residuen eines im antikommunistischen Furor entstandenen und gepflegten Demokratieidealismus noch heute in manchen Köpfen ihre Wirkung entfalten. (4) Möglicherweise haben nicht wenige dieser Leute ja tatsächlich an die „Werte“ von „Freiheit und Demokratie“ geglaubt, und sie – anders als seinerzeit von linken Demokratieidealistern konstatiert - nicht nur rein rhetorisch-instrumentell verwendet. Sollte dies tatsächlich so sein, wäre es auch möglich, dass unter den früher als „konservativ“ Geltenden heute zumindest partiell eine höhere Wertschätzung der bürgerlichen Ideale des autonomen und selbstverantwortlichen Individuums, der staatsrechtlichen Gleichheit aller Bürger und der naturrechtlich begründeten Ablehnung einer Ungleichheit aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe und sexueller Orientierung anzutreffen ist als unter einstmals „Progressiven“. (5)

Katalog der post-68er Errungenschaften?

Dass dies möglich ist, zeigt ein Anfang des Jahres vom Baden-Württembergischen Innenministerium veröffentlichter „Gesprächsleitfaden“. (6) Er soll ein so genanntes „Einbürgerungsgespräch“ mit einbürgerungswilligen Moslems strukturieren. Der Leitfaden enthält 30 Fragen, die frei formuliert beantwortet werden sollen; der Inhalt der Antwort kann über Gewährung oder Verweigerung der Einbürgerung entscheiden. Der Gesprächsleitfaden liest sich hauptsächlich wie ein Katalog eines Großteils der „zivilisatorischen Errungenschaften“, die die post-68er Linken beanspruchen, in diesem Land durchgesetzt zu haben. So zum Beispiel die vollständige rechtliche und soziale Gleichstellung von Frauen, die Anhängern des Islam bekanntlich als Blasphemie gilt: „Wie stehen Sie zu der Aussage, dass die Frau ihrem Ehemann gehorchen soll und dass dieser sie schlagen darf, wenn sie ihm nicht gehorsam ist?“ wird der einbürgerungswillige *Mus-*

lim gefragt. Der *Muslima* wird folgende Frage zugemutet: „Ihre Tochter möchte sich gern so kleiden wie andere deutsche Mädchen und Frauen auch, aber ihr Mann ist dagegen. Was tun Sie?“ *Muslim* und *Muslima* werden gleichermaßen Stellungnahmen zur gesellschaftlichen Position der Geschlechter zugemutet: „In Deutschland kann jeder bei entsprechender Ausbildung nahezu jeden Beruf ergreifen. Was halten Sie davon? Sind Sie der Meinung, dass bestimmte Berufe nur Männern oder nur Frauen vorbehalten sein sollten? Wenn ja, welche und warum?“ Und: „Welche Berufe sollte Ihrer Meinung nach eine Frau auf keinen Fall ausüben? Hätten Sie bei bestimmten Berufswahlmöglichkeiten, eine Frau als Autoritätsperson anzuerkennen?“ Sieht man einmal von dem offenkundigen Unsinn ab, bei der derzeitigen und sich künftig noch zuspitzenden Arbeitsmarktsituation könne jeder „nahezu jeden Beruf ergreifen“, dokumentieren diese Fragen eine sehr realitätsbezogene Einschätzung der unter Moslems vorherrschenden Haltung.

Jeder, der die Lebensrealität in islamischen Gesellschaften – die hiesigen Parallelgesellschaften eingeschlossen – auch nur ansatzweise kennt, hat vielleicht selbst schon einmal eine der folgenden Fragen stellen wollen: „Halten Sie es für zulässig, dass ein Mann seine Frau oder seine Tochter zu Hause einschließt, um zu verhindern, dass sie ihm in der Öffentlichkeit ‚Schande‘ macht?“ Oder: „Was halten Sie davon, dass Eltern ihre Kinder zwangsweise verheiraten? Glauben Sie, das solche Ehen mit der Menschenwürde vereinbar sind?“ Aber auch der Antisemitismus, der im Islam gepflegt wird wie sonst nur unter deutschen Nazis, und der gerade unter arabischen und türkischen Moslems verbreitete Rassismus gegenüber Menschen mit dunkler Hautfarbe werden thematisiert. Zum Beispiel: „Ihre Tochter bewirbt sich um eine Stelle in Deutschland. Sie bekommt jedoch ein ablehnendes Schreiben. Später erfahren Sie, dass eine Schwarzafrikanerin aus Somalia die Stelle bekommen hat. Wie verhalten Sie sich?“ Die derzeit wohl in keinem anderen Segment der so genannten Weltgemeinschaft so aggressiv und vor allem so mörderisch wütende Homophobie

wird ebenfalls angesprochen: „Stellen Sie sich vor, Ihr volljähriger Sohn kommt zu Ihnen und erklärt, er sei homosexuell und möchte gern mit einem anderen Mann zusammenleben. Wie reagieren Sie?“ Und: „Was halten Sie davon, dass in Deutschland Homosexuelle öffentliche Ämter bekleiden?“

Weil jede dieser Fragen einen tatsächlichen Sachverhalt nahezu so exakt trifft wie die sprichwörtliche „Faust aufs Auge“, kann man bei allem Verständnis dafür, dass sich niemand gern einer behördlichen Befragung unterzieht, feststellen: Eine Zumutung stellt der Gesprächsleitfaden gewiss nicht dar. Würde er der Erreichung seines intendierten Zielles, der Abwehr und Eindämmung barbarisch-autoritärer Verhältnisse nur ein wenig näher kommen, müsste er begrüßt werden, zumindest als Schritt in die richtige Richtung. Bei aller Abneigung gegen Analogie-Argumentationen: Auch Gepäck- und Körperkontrollen an Flughäfen werden als unangenehm empfunden und wer als linker Staatskritiker einschlägige Erfahrungen mit Sicherheitsorganen gemacht hat, kann sich eines Anfluges von ekeldurchsetztem Widerwillen womöglich nicht erwehren. Dennoch würden wir uns in der gegenwärtigen Situation wesentlich unwohler fühlen, fänden diese Kontrollen nicht statt. Allerdings müssen Einschränkungen an dieser positiven Bewertung vorgenommen werden: Die im Gesprächsleitfaden enthaltenen Fragen sollen allen Einbürgerungswilligen aus den 57 Staaten, die der so genannten „Islamischen Konferenz“ angehören, gestellt werden, darüberhinaus auch denjenigen aus anderen Ländern, die sich als Moslems bekennen. Letzteres erscheint mir völlig richtig, zumal es überhaupt richtig gewesen wäre, die Zielgruppe auf Moslems zu beschränken. In islamischen Staaten leben schließlich auch Atheisten, Juden, Christen und andere Minderheiten; Leute also, die allen Grund haben, der permanenten Bedrohung in ihren Herkunftsländern zu entfliehen. Für sie ist der Fragenkatalog tatsächlich eine Zumutung, ja, eine Diskriminierung. Auch kann mit Fug und Recht bezweifelt werden, ob gewöhnliche Sachbearbeiter einer Behörde überhaupt die nötige intellektuelle Eignung für die Durchführung

eines adäquaten Gespräches nach dem durchaus komplex und differenziert gestalteten Leitfaden aufweisen. Wer sich schon mal als Antragsteller oder als Beistand eines solchen auf deutschen Ämtern herumgetrieben hat, weiß, welcher Menschenschlag mit Vorliebe gerade in die dort vorhandenen „Berufe“ strömt. Die Gefahr, dass aufgrund falscher Angaben potentielle Ehrenmörder die Befragung positiv passieren, kann hingegen als gering eingeschätzt werden. Zum Selbstverständnis der Islamanhänger zählt die unbedingte Übereinstimmung von Denken, Sprechen und Handeln: Man sagt, was man tun wird und man tut auch, was man gesagt hat. Nur deshalb kann der weltweite Geltungsanspruch der Sharia in den *Eurabian Quarters* westlicher Metropolen ebenso wirksam praktiziert werden wie in Teheran oder Ramallah.

Lechts und Rinks velwechsern?

Der Gesprächsleitfaden war eine gute Idee und eine richtige Initiative, doch leider wird er wohl zurück genommen werden, noch bevor das erste Gespräch auf seiner Grundlage stattgefunden haben wird. Die Bundesländer Hessen und Saarland, die zunächst seine Übernahme angekündigt hatten, ruderten Mitte Januar bereits zurück: Man wolle erst die Erfahrungen aus Baden-Württemberg abwarten. Doch diese Erfahrungen werden wahrscheinlich nie gemacht werden. In der Baden-Württembergischen CDU-FDP-Regierungskoalition ist der Fragenkatalog inzwischen mehr als umstritten. Auf CDU-Bundesebene wird die Initiative des Baden-Württembergischen Innenministers nur noch von einer Minderheit unterstützt. Überraschend ist das nicht, denn angesichts des massenmedialen Aufschreis, der nach Ankündigung des Gesprächsleitfadens durch das Land ging, könnte auch bei den Initiatoren Angst vor der eigenen Courage aufkommen sein, schließlich stehen politische Karrieren auf dem Spiel. Von „Gesinnungstest“ bzw. „Gesinnungsschnüffel“ war nicht nur in Blättern und Sendern die Rede, die der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung nahestehen. Vor „Suggestivfragen zur Weltanschauung“

warnte die *FAZ*, Springers *Welt am Sonntag* halluzinierte sogar einen „Anschlag auf die Liberalität“ herbei.

Am erfolgreichsten bei der Verunglimpfung der Initiative war jedoch zweifellos die *Taz*. Der von ihr kreierte Terminus „Muslim-Test“ wurde von fast allen anderen Blättern adaptiert, der süffisante Tonfall ebenfalls. Frauenverachtung, Judenhass, Schwulen-, Lesben- und Intellektuellenfeindlichkeit gebe es doch auch in den majoritären nichtislamischen Segmenten der deutschen Gesellschaft. Wäre es deshalb nicht überheblich, die geschätzten *Muslims* wegen dieser gemeinschaftlichen Idiosynkrasien „auszugrenzen“? Aus der Logik der Sache lässt sich wenig dagegen einwenden.

Den Beweis dafür, dass der normale Volksgenosse keine Angst vor eingebürgerten Moslems haben muss, da diese genauso antisemitisch und antiamerikanisch daher schwadronieren wie jener am Stammtisch, erbringt die *Taz*, indem sie deutsche *Muslims* in Kurzinterviews seit Anfang Januar „ohne Stress zum Muslim-Test“ bittet. Den Anfang durfte der deutsch-türkische Komiker Feridun Zaimoglu (deutsch-türkisch wegen türkischer Eltern) machen. Auch von *Taz*-Lesern und –Verteidigern wird zugegeben: Es handelt sich um einen alternden Komödianten, der alles irgendwie witzige Pulver schon Ende der 90er voreilig verballert hat und dringend einer publikumswirksamen Auffrischung bedarf. Zumindest aktuell findet er die Lösung seines Problems im Antisemitismus. Auf die von der *Taz* aus dem Gesprächsleitfaden manipulativ verkürzt adaptierte Frage: „Herr Zaimoglu, manche Leute machen Juden für alles Böse in der Welt verantwortlich und behaupten sogar, sie steckten hinter den Anschlägen vom 11. September. Was halten Sie von solchen Behauptungen?“ (7) antwortete der Befragte – ihn nun noch als Komiker zu titulieren wäre ein Akt der Komplizenschaft – folgendes: „Ich finde, es bringt nichts, sich darüber aufzuregen, dass unsere Welt so schlecht ist. Ich persönlich will ein besserer Mensch werden. Das ist doch viel wichtiger.“ Auf deutschen Nazi-Websites soll diese Antwort bereits als eine Art Musterantwort gegen Holocaustkeulen-

Schwinger gehandelt werden.

Gerade angesichts des Scheiterns des Gesprächsleitfadens ist die Frage nach dem Zustandekommen der Kampagne eine relevante. Sie führt direkt zu einem brisanten Fragekomplex, nämlich: Gibt es hierzulande noch ernstzunehmenden Widerspruch gegen die hegemoniale Islamophilie; und wenn ja, wie wäre dieser politisch zu bewerten? Und: Kann es zumindest partielle und temporäre Gemeinsamkeiten zwischen Kritikern von Wertverwertung und Staatlichkeit einerseits und traditionell „rechten“ Politikern andererseits geben?

Die gegenwärtige Situation scheint entscheidend dadurch geprägt zu sein, dass die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz autoritärer und barbarischer Modelle für eine chimärische Bewältigung der Krise, in der sich das Kapital befindet, eindeutig in Richtung Kulturrelativismus und Islamophilie geht. Das heißt auch, dass diejenigen, die als Störenfriede einer solchen Krisenlösung halluziniert werden, zum Abschuss freigegeben werden. Diese Situation sollte Anlass genug sein, die aufgeworfene Frage bezüglich möglicher Gemeinsamkeiten mit traditionell rechten Politikern zu bedenken ■

Anmerkungen:

- (1) Siehe dazu: Horst Pankow, *Angriff der Thetanen. Deutschland löst sein „Sektenproblem“*, in: *Bahamas* Nr. 24, Herbst 1997, S. 45–48.
- (2) Man muss ja ständig Missverständnissen, besonders gewollten, vorbeugen: Selbstverständlich kann die kritische Auseinandersetzung mit der Verwendung von Folter und rechtloser Internierung in ideologischen Kontexten niemals die reale Existenz solcher Schweinereien rechtfertigen, mögen die Opfer auch noch so unangenehme Figuren sein, die sich ihrerseits in der Verwendung solcher Mittel noch bestialischer als ihre aktuellen Peiniger zeigen.
- (3) Das scheint zumindest für die letzten fünf Jahre zu gelten. Ein Wiederaufleben

der Sekten-Hysterie in der Zukunft kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, vor allem wenn deutsche Sektenjäger den Ursprung des Jagdobjekts – wie im Scientology-Fall - jenseits des Atlantiks ausmachen sollten.

(4) Man sollte nicht vergessen, dass sich die prokapitalistische Ideologie des Antikommunismus durch eine ähnliche – emotional, moralisch und intellektuell begründete - Heilsgewissheit auszeichnet wie ihre „antikapitalistische“ Scheinantagonistin.

(5) Noch einmal gegen Missverständnisse: Den für die bürgerliche Gesellschaft ideologisch-funktionalen Charakter dieser Ideale möchte der Autor ebensowenig in Zweifel ziehen wie die Notwendigkeit der fundamentalen Kritik dieser Gesellschaft selbst. Beim heutigen Islam sind wir allerdings mit einer globalen Bewegung zur negativen Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft konfrontiert. Ideologiekritik zum Zwecke einer emanzipatorischen Aufhebung bedrückender Verhältnisse wird schwerlich möglich sein, wenn diese sich nicht – wie in den traditionellen bürgerlichen Gesellschaften – aus dem Fetischcharakter der Ware und den daraus entspringenden juristischen und privaten Verkehrsformen legitimiert, sondern aus göttlichem Willen. Die Praxis in islamischen Familien und Staaten zeigt: Diesen Verhältnissen können Unzufriedene nur durch Flucht oder durch Befreiung von außen entkommen.

(6) Veröffentlicht zum Beispiel in der *Taz* vom 04.01.2006 und in der *Welt am Sonntag* vom 08.01.2006.

(7) Die Originalfrage im Gesprächsleitfaden lautet: „Manche Leute machen die Juden für alles Böse in der Welt verantwortlich und behaupten sogar, sie steckten hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York. Was halten Sie von solchen Behauptungen?“